Monatsspiegel

Mai 2015

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Arbeit der Zukunft – gestalten wir!

Aufruf des DGB Erlangen zum 1. Mai 2015

Das Motto des DGB zum 1. Mai 2015 steht bundesweit im Zeichen von guter Arbeit und einer neuen Ordnung der Arbeitswelt. In Erlangen konnte die Zahl der Arbeitsverhältnisse von 81.657 im Jahr 2003 auf 102.624 im Jahr 2013 gesteigert werden.

Gleichzeitig ist der Anteil atypischer Beschäftigung aber massiv gewachsen. Arbeitsverhältnisse in Teilzeit, Werkverträgen, Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs sind im gleichen Zeitraum von 28,0 Prozent auf 37,7 Prozent gestiegen. Viele dieser Arbeitsverhältnisse sind prekär. Sie sind geprägt durch Arbeitsplatzunsicherheit, fehlende soziale Absicherung, unzureichende oder gänzlich fehlende gesetzliche und tarifliche Regelungen, Niedriglohn verbunden mit Armutsrisiko spätestens im Rentenalter.

Viele Betroffene sind zur Existenzsicherung auf zwei, drei und mehr Arbeitsverhältnisse angewiesen.

Endlich: Gesetzlicher Mindestlohn durchgesetzt, Dunkelziffer bleibt

Der gesetzliche Mindestlohn wurde nach Jahren gewerkschaftlichen Kampfes zum 1. Januar endlich eingeführt. Er soll den Trend zu immer mehr prekärer Arbeit stoppen. Nach vorliegenden Studien gibt es allein in Erlangen weit mehr als 10.000 betroffene Arbeitsverhältnisse, davon fast 2.500 in Vollzeitarbeit, die große Mehrheit in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Vielfach wurde der Mindestlohn eingeführt, manchmal mit einer unzulässigen Anrechnung anderer Leistungen. Dennoch bleibt eine hohe Dunkelziffer. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes verhindert die Inanspruchnahme des gesetzlichen Anspruchs.

Vom DGB Erlangen/ Erlangen-Höchstadt

Nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente

Der abschlagsfreie Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren ist ein weiterer wichtiger Erfolg der menschengerechten Gestaltung unserer Arbeitswelt. Mehrere Erlanger Großunternehmen haben einen massiven Arbeitsplatzabbau angekündigt. Diese gesetzliche Rentenreglung zusammen mit der tarifvertraglich gesicherten Altersteilzeit schafft die Chance, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern; aber nur dort, wo Betriebsräte und Vertrauensleute für eine starke gewerkschaftliche Durchsetzungskraft sorgen.

Fortsetzung auf Seite 3

01.05.	10:00	Maikundgebung: Auftakt am Gewerkschaftshaus	DGB-Haus	
01.05.	11:00	Maikundgebung: Kundgebung am E-Werk	E-Werk	
04.05.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
06.05.	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 16
08.05.	19:00	Podiumsdiskussion „Selbstbestimmt bis zuletzt?“	Buckenhof, Hallerhof	S. 7
11.05.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
12.05.	19:00	Distrikt Dechsendorf: Distriktsversammlung	FC Dechsendorf	S. 13
12.05.	19:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	Pension Aurachtal	S. 14
12.05.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 15
12.05.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
13.05.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	
18.05.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
19.05.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 14
19.05.	20:00	Diskussionsveranstaltung zu CETA und TTIP	IG-Metall-Saal	S. 3
20.05.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 16
26.05.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
27.05.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 3
09.06.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 15

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag	10:00 bis 15:00 Uhr
Dienstag	12:00 bis 17:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag	10:00 bis 14:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Martin Ferschmann, Lorenz Krämer, Heide Mattischeck, Gisela Niclas, Wolfgang Niclas

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Die Arbeit der Zukunft europaweit und kommunal gestalten
Die „Arbeit der Zukunft gestalten“ umfasst aber mehr als Bezahlung und Arbeitszeit: Entgeltgleichheitsgesetz für Frauen, familiengerechte Arbeitsbedingungen, Grenzen für technisch mögliche, aber sozial unverträgliche „Arbeit ohne Ende“, Qualifizierungsoffensive, Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit, eine zukunftsorientierte europäisch abgestimmte Industriepolitik und Energiewende.

Kommunalpolitische Forderungen für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen vor Ort hat der DGB Erlangen zu den Kommunalwahlen 2014 erstellt. Zum 1. Mai 2015 wird ein erstes Fazit gezogen werden.

Kontra der Macht der Finanzmärkte: Einheitsgewerkschaft erhalten, Streikrecht sichern
Vor 125 Jahren wurde der 1. Mai zum Kampftag für den Achtstundentag, später zum internationalen „Tag der Arbeit“. Vor 70 Jahren wurde Deutschland am Ende des zweiten Weltkriegs vom Faschismus befreit. Wenig später wurde in Aachen die Einheitsgewerkschaft gegründet, als Konsequenz aus der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik. Gemeinsames solidarisches Handeln war und ist unsere Stärke, gemäß unserem Grundsatz: „Ein Betrieb - Eine Gewerkschaft – Ein Tarifvertrag“. Durch das Agieren unsolidarischer Berufsverbände droht ein Unterlaufen dieses Prinzips. Das muss verhindert werden, ohne dadurch das im Grundgesetz geschützte Streikrecht einzuschränken.

Gegen die Macht der Finanzmärkte und gegen undemokratische und in-

transparente „Freihandelsabkommen“ hilft die Einheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft. Statt eines TTIP und CETA brauchen wir „Fair-Handelsabkommen“!

„Die Arbeit der Zukunft – gestalten wir“ mit starken, aktiven Einheitsgewerkschaften!
Der DGB Erlangen ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf: Beteiligen Sie sich am 1. Mai 2015 !

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Liebe Genossinnen und Genossen,
von vielen – sowohl neoliberalen als auch linken – politischen Kräften wird das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) als Alternative zum jetzigen Sozialsystem in die Debatte eingebracht. Auf unserer kommenden Sitzung, die am

Mittwoch, 27. Mai, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

stattfindet, wollen wir uns deswegen mit dem BGE beschäftigen und darlegen, weshalb dieses keine Alternative darstellen kann und von der eigentlich notwendigen Frage der Umverteilung ablenkt.

Mit solidarischen Grüßen
Munib

Auf dem Weg in die Freihandelsfalle?

Diskussionsveranstaltung zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Diskussion mit
- Prof. Dr. Professor Dr. Markus Krajewski
  Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen
- Wolfgang Geus
  Vorstandsvorsitzender der Erlanger Stadtwerke

Dienstag, 19. Mai 2015
20.00 Uhr
Saal der IG Metall, Friedrichstrasse 7, Erlangen

Planungen für die Stadt-Umland-Bahn weiter voranbringen!

SPD Erlangen und Oberbürgermeister Florian Janik zur Situation nach dem Bürgerentscheid im Landkreis

In einer Stellungnahme nach dem Bürgerentscheid im Landkreis Erlangen-Höchstadt hat die Erlanger SPD deutlich gemacht, dass sie die Planungen für die Stadt-Umland-Bahn weiter verfolgen möchte. Bei dem Entscheid hatte sich eine deutliche Mehrheit der Landkreisbürgerinnen und -bürger gegen den Beitritt des Landkreises zum Zweckverband Stadt-Umland-Bahn ausgesprochen. Dadurch sei, so die Erlanger SPD, nun nur noch eine L-Lösung nach Herzogenaurach denkbar.

„Wir sind der Meinung, dass nur ein schienengeführtes System wirkliche Verkehrsentlastung bringt“, meint dazu Dieter Rosner, der Kreisvorsitzende der Erlanger SPD. „Natürlich respektieren wir das Votum der Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis. Nun muss überlegt werden, wie die drei Partner Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach das Projekt realisieren können.“

Auch die stellvertretende Vorsitzende Sandra Radue bedauert den Ausgang des Bürgerentscheid: „Vor allem für den Osten Erlangens hätte die StUB eine deutliche Entlastung von den massiven Pendlerströmen gebracht. Es ist schade, dass die Chance auf eine umweltverträgliche Alternative zu Auto und im Stau sehenden Bussen hier auf Jahre verspielt wurde“. In der L-Lösung sieht sie nun eine vernünftige zweitbeste Lösung: „Mein Dank geht an German Hacker, der mit viel Engagement für die Stadt-Umland-Bahn kämpft.“

Dies sei auch für den Wirtschaftsstandort von großer Bedeutung. „Das Angebot an Arbeitskräften ist in Erlangen knapp, darunter leidet die Wirtschaft. Bei dem überlasteten Immobilienmarkt in Erlangen ist ein Zuzug von Arbeitskräften nach Erlangen nicht möglich – schon gar nicht zu vernünftigen Mietpreisen“, bedauert der stellvertretende Kreisvorsitzende Dirk Goldenstein, der in der Stadtratsfraktion auch für das Thema Wirtschaft zuständig ist. „Die Stadt-Umland-Bahn macht Wegebeziehungen in den Landkreis, aber auch nach Nürnberg und Fürth wesentlich attraktiver und bringt damit auch Wohnstandorte in den Einzugsbereich, an denen man noch zu vernünftigen Preisen wohnen kann. Die StUB ist für eine Entspannung am Arbeitsmarkt, aber auch am Mietmarkt unerlässlich.“

Oberbürgermeister Florian Janik: Stadt-Umland-Bahn bleibt bedeutendes Zukunftsprojekt

Auch Oberbürgermeister Florian Janik hat sich in einer Pressemitteilung der Stadt zum Ausgang des Bürgerentscheids geäußert. Er zeigte sich enttäuscht: „Im vergangenen Jahr haben wir das Zukunfts- und Infrastrukturprojekt StUB wesentlich vorangebracht. Wir haben Förderzusagen von Land und Bund erreicht und eine faire Zweckverbandsvereinbarung ausgehandelt. Es ist bedauerlich, dass die Zweckverbandsgründung nun nicht in der vorgesehenen Form erfolgen kann.“

Das Stadtoberhaupt weiter: „Wenn unsere Region auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein soll, ist die StUB als Teil eines ökologischen Verkehrskonzepts nach wie vor von großer Bedeutung“. Zudem habe sich die Stadt Erlangen im Rahmenvertrag über den Siemens-Campus dazu verpflichtet, eine leistungsfähige Anbindung des Geländes durch den öffentlichen Nahverkehr sicherzustellen. „Die nun von Herzogenauchrachs Bürgermeister German Hacker unterbreiteten Vorschläge zur Realisierung des sogenannten L-Netzes zwischen Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach sind sehr interessant. In den kommenden Wochen werden wir sie intensiv prüfen“, erklärte der Oberbürgermeister.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2015
22. Mai 2015

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

08.05. Günter Braun
76 Jahre

17.05. Ute Preuß
75 Jahre

24.05. Ferdinand Geyer
65 Jahre

25.05. Gerlinde Uhl
80 Jahre

26.05. Elli Pöschl
77 Jahre

26.05. Marlis Gieße
75 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
76 Jahre

27.05. Karin Sichel
73 Jahre

Zum Tod von Charlotte Schwarz

Von Heide Mattischeck

Am 1. April 2015 ist Charlotte Schwarz im Alter von 98 Jahren verstorben. Sie wurde am 28. Oktober 1916 in Erlangen geboren. Beim Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg war sie als Mitarbeiterin von Michael Ritzer von Anfang an dabei. Von 1946 bis zu ihrem Ruhestand 1976 hat sie hauptamtlich beim DGB gearbeitet. Charlotte Schwarz war auch ehrenamtlich in der Gewerkschaft aktiv. Als Vorsitzende der regen DGB-Frauengruppe hat sie sich für die Belange von berufstätigen Frauen stark gemacht.

Auch bei der Arbeiterwohlfahrt hat sie sich engagiert, vor allem im Stadtosten, wo sie lange Zeit stellvertretende Vorsizende war. Ein Herzensanliegen war ihr die Erlanger Volksbühne, die 1924 in Erlangen gegründet wurde, um auch Arbeitern und kleinen Angestellten einen Theaterbesuch zu ermöglichen. 1933 wurde die Volksbühne verboten, nach dem Krieg erfolgte die Neugründung. Charlotte Schwarz war viele Jahrzehnte Mitglied im Vorstand – zunächst als Schatzmeisterin, später als Beisitzerin. 2006 musste sie den Beschluss zur Auflösung der Volksbühne wegen mangelnden Zuspruchs miterleben.

In die SPD ist Charlotte Schwarz 1959 eingetreten. Im Distrikt Ost war sie viele Jahre aktives Mitglied. Die Erlanger SPD hat Charlotte Schwarz im Jahre 1994 für ihre jahrzehntelange Treue zur SPD und für ihr vielfältiges und unermüdliches Wirken für die Arbeiterbewegung die August-Bebel-Uhr verliehen. Wir werden sie nicht vergessen.

Die SPD Erlangen trauert um

Charlotte Schwarz

die am 1. April 2015 im Alter von 98 Jahren verstorben ist.

Charlotte Schwarz war 56 Jahre Mitglied unserer Partei. Ihr Engagement für die Belange berufstätiger Frauen und die Kulturarbeit für die Arbeiterbewegung waren ihr Herzensanliegen. So war sie viele Jahrzehnte Mitglied im Vorstand der Erlanger Volksbühne.
Die Erlanger SPD hat Charlotte Schwarz im Jahre 1994 für ihre jahrzehntelange Treue zur SPD und für ihr vielfältiges und unermüdliches Wirken für die Arbeiterbewegung die August-Bebel-Uhr verliehen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Dieter Rosner, SPD-Kreisvorsitzender
Brigitte Rohr, Vorsitzende Distrikt Süd

Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 23. April 2015

Der SPD-Kreisverband Erlangen lehnt die sogenannte Vorratsdatenspeicherung oder auch „Höchstspeicherfrist“, d.h. anlasslose und massenhafte Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten, als einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung ab. Die Vorratsdatenspeicherung widerspricht dem sozialdemokratischen Verständnis eines offenen, demokratischen Staates, in dem die Freiheit und Privatsphäre jedes Einzelnen angemessen gewahrt wird.

Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, die Bundes-SPD, die Mitglieder der SPD-Bundestags- und SPD-Landtagsfraktionen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich dieser Ablehnung anzuschließen.

Begründung

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die deutsche Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung wegen ihrer Speichervorschriften bereits 2010 für verfassungswidrig.

Im April 2014 hat schließlich auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Richtlinie für ungültig und nichtig erklärt, weil sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte auf Privatsphäre und Datenschutz bedeutet. In seiner Beurteilung geht der EuGH deutlich über die Bewertung des Bundesverfassungsgerichts hinaus, in dem er u.a. kritisiert

1. dass nahezu die gesamte Europäische Bevölkerung bei der Speicherung erfasst wird, „ohne dass sich jedoch die Personen, deren Daten auf Vorrat gespeichert werden, auch nur mittelbar in einer Lage befinden, die Anlass zur Strafverfolgung geben könnte“ (Urteil des EuGH zur Richtlinie 2006/24/EG vom 8. April 2014, Zeile 58)
2. die Vorratsdatenspeicherung verlange „keinen Zusammenhang zwischen den Daten, deren Vorratsspeicherung vorgesehen ist, und einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit; insbesondere beschränkt sie die Vorrats-

speicherung weder auf die Daten eines bestimmten Zeitraums und/oder eines bestimmten geografischen Gebiets und/oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere Straftat verwickelt sein könnte, noch auf Personen, deren auf Vorrat gespeicherte Daten aus anderen Gründen zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung schwerer Straftaten beitragen könnten“ (Urteil des EuGH zur Richtlinie 2006/24/EG vom 8. April 2014, Zeile 59)

Damit erteilt der EuGH einer anlasslosen, umfassenden Speicherung von Daten auf Vorrat eine klare Absage. Nicht ausgeschlossen bleibt lediglich eine auf Verdacht beruhende, gezielte und begrenzte Speicherung von Daten. Dies entspricht eher dem „Quick Freeze“-Modell, wonach auf gerichtliche Anordnung bei Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente für eine schwere Straftat relevante Daten für begrenzte Zeit gespeichert bleiben dürfen.

Bild: Paul-Georg Meister / pixelio.de

Die Diskussionen innerhalb der SPD zeigten in der Vergangenheit auch, dass die Debatte über die Vorratsdatenspeicherung noch nicht beendet wurde. Viele SPD-Strukturen haben immer wieder klare Stellung gegen die VDS bezogen, wie bereits 2012 im Beschluss des Juso-Bundesverbandes zum Thema „Die solidarische digitale Gesellschaft.“ Auch wir, der SPD-Kreisverband Erlangen, haben die Vorratsdatenspeicherung bereits strikt abgelehnt. Im SPD-Parteikonvent 2014 wurde beim Einrichtungsbeschluss für den digitalen Programmbeirat ebenfalls eine Formulierung gegen die Vorratsdatenspeicherung gewählt. Dies relativiert den Bundesparteitagsbeschluss 2011, welcher die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung als Umsetzung der EU-Richtlinie (ähnlich wie im Koalitionsvertrag) forderte. Des Weiteren weisen wir auf den Beschluss des SPD-Bundesparteitags 2009 hin, der unter anderem die Stärkung des bürgerlichen Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, ein Verbot der Weitergabe von Daten an staatliche Institutionen und die Abschaffung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung fordert.

Unsere Partei, die Freiheit zu ihren Grundrechten zählt, kann nicht ernsthaft weiter an einem Konzept wie der Vorratsdatenspeicherung festhalten und angesichts der eindeutigen juristischen Beurteilung ist die Zeit gekommen, die Vorratsdatenspeicherung auch politisch entsprechend zu bewerten und sie nicht länger als Ziel zu verfolgen, sondern neue, sozialdemokratische Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Wir, der SPD-Kreisverband Erlangen, sprechen uns daher eindeutig gegen eine Fortführung der politischen Bemühungen zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik Deutschland, der EU und ihren Mitgliedsstaaten aus.

Mut zeigen beim Altstadtmarkt!

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 23. April 2015

Die Erlanger SPD und ihre Stadtratsfraktion sollen darauf hinwirken, dass der Stillstand beim Altstadtmarkt endlich überwunden wird und für diese große Immobilie ein Konzept entsteht. Hierbei soll auch eine einschneidende Neubebauung nicht ausgeschlossen werden.

Begründung

Das sehr großflächige Areal „Altstadtmarkt“ vegetiert seit Jahren vor sich hin. Derzeit wird der Leerstand durch für Ladenlokale untypische Büronutzung „kaschiert“. Was einmal (kommend von der Fuchsenwiese) ein Tor zur Altstadt war und ein Motor für Kundenverkehr in der nördlichen Altstadt ist mittlerweile zum Gegenteil geworden. Diese große, tote Fläche hängt der Altstadt wie ein Kotz am Bein.

Die Aufteilung der Fläche und die Struktur der Bebauung entspricht nicht mehr zeitgemäßen Bedürfnissen. Mit kleinen Veränderungen wird hier nichts zu erreichen sein.

Ein erster Schritt zur notwendigen Neugestaltung könnte ein Architektenwettbewerb zu den Gestaltungsmöglichkeiten sein.

„Selbstbestimmt bis zuletzt?“ Sterbehilfe in der aktuellen Diskussion

Podiumsdiskussion von Alexandra Hiersemann MdL in Kooperation mit Bildung evangelisch
Freitag, 8. Mai, 19 Uhr, Restaurant Afroditi (Hallerhof), Buckenhof

Diesen Herbst entscheidet der Bundestag über gesetzliche Regelungen zur Sterbehilfe. Im Zentrum der Debatte steht die Frage, inwieweit Sterbehilfe für Angehörige und für Ärzte strafbar sein soll. Umstritten ist auch die gewerbliche Sterbehilfe. Die Podiumsdiskussion beleuchtet das Thema aus ethischer, medizinischer und strafrechtlicher Sicht.

Es diskutieren:

- Prof. Dr. Christian Jäger
  Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Wirtschafts- und Medizinstrafrecht an der FAU und Mitglied des klinischen Ethikkomitees am Universitätsklinikum Erlangen, Mitherausgeber der Schriftenreihe für Medizinstrafrecht
- Anette Christian
  Hausärztin, Palliativärztin und ärztliche Leiterin von Palliavita, dem Team der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für Erlangen und Erlangen-Höchstadt
- Prof. Dr. theol. Arne Manzeschke
  Evangelische Hochschule Nürnberg, Leiter der Fachstelle für Ethik und Anthropologie im Gesundheitswesen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
- Moderation: Alexandra Hiersemann MdL

Die Veranstalter freuen sich auf eine interessante Diskussion und die Gespräche bei einem kleinen Empfang im Anschluss an die Veranstaltung.

DIe Veranstalter bitten um Anmeldung an das Büro von Alexandra Hiersemann (E-Mail: alexandra.hiersemann.sk@bayernspd-landtag.de, Telefon: 09131-81265-44, Fax: 09131-81265-34

BAYERN LANDTAGS FRAKTION SPD
in Kooperation mit
be. BILDUNG EVANGELISCH

Aktuelles aus dem Bezirkstag von Mittelfranken: Resolution gegen TTIP, CETA und TiSA durchgesetzt

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der Bezirkstagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,
Auch der mittelfränkische Bezirkstag hat sich mittlerweile in der aktuellen Debatte um die Freihandelsabkommen positioniert. Zwar hatten noch im vorberatenden Bezirksausschuss am 13. März CSU und Neoliberale die Nase vorn und die „Ablehnung abgelehnt“; in der ersten Plenumssitzung des Bezirkstages 2015 kam es dann aber zu einer Umkehrung – obwohl ich selbst wegen aktiver Teilnahme an der Grippewelle mit Fieber im Bett lag und zu meinem größten Bedauern fehlen musste. Die vom bunten Bündnis im Bezirkstag angestrebte Ablehnung fand eine Mehrheit.

Der Bezirkstag von Mittelfranken hat in seiner Sitzung am 26. März mit einer Mehrheit der Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Freien Wählern und den Einzelbezirksräten (Die Linke, Die Franken, Piraten und ÖDP) in einer Resolution die Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA beschlossen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Abbau von Handelshemmnissen ist grundsätzlich zu begrüßen. Bei den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trades in Service Agreement) handelt es sich allerdings um eine neue Generation von bi- und multilateralen Handelsverträgen, die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar. Der Bezirkstag von Mittelfranken lehnt TTIP, CETA und TiSA in der derzeit bekannten Form ab.

Der Bezirkstag von Mittelfranken spricht sich dafür aus, dass Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, die durch die Bezirke und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden (Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser, Kultur) durch internationale Handelsabkommen nicht beeinträchtigt werden.

Zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Organisationsfreiheit unterstützt der Bezirkstag von Mittelfranken daher ausdrücklich die im gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und des Verbandes Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) enthaltenen Forderungen vom Oktober 2014.

Der Bezirkstagspräsident bringt diesen Beschluss den mittelfränkischen kommunalen Spitzenverbänden zur

Kenntnis und er bringt die Haltung des Bezirkstages von Mittelfranken der Öffentlichkeit und den örtlichen Mandatsträgern im Europaparlament sowie in Bund und Land zum Ausdruck. Er fordert die verantwortlichen Parlamentarier dazu auf, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen."

Unmittelbar nach der Bezirkstagssitzung trat der Bezirkstagspräsident seinen Urlaub an. Ist die Resolution dann im Osterferienloch verschwunden? Nein! Die Stellvertreterin der Präsidenten, unsere Genossin Christa Naaß, hat unverzüglich und durchaus mit Freude und Genugtuung die Umsetzung des letzten Absatzes der Resolution angeordnet und noch vor Ostern viele Briefe an die Adressaten in Brüssel, Berlin und München unterzeichnet und verschicken lassen.

Herzliche Grüße
Eure Gisela Niclas

Berlinfahrt der mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten

Interessierte Bürger aus dem Wahlkreis können auf Einladung des Bundespresseamtes über das Abgeordnetenbüro von Martina Stamm-Fibich an Informationsfahrten nach Berlin teilnehmen. Die dreitägigen, kostenlosen Fahrten richten sich vornehmlich an politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die vier mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich (Erlangen/Erlangen-Höchstadt), Gabriela Heinrich (Nürnberg-Nord), Martin Burkert (Nürnberg-Süd/Schwabach) und Carsten Träger (Fürth) haben sich nun entschlossen, das Programm um eine eigene Berlinfahrt zu erweitern. Im Gegensatz zu den Fahrten des Bundespresseamts dauert der Ausflug in die Hauptstadt vier Tage und findet nicht wie alle BPA-Fahrten an drei Tagen während der Woche, sondern von Donnerstag bis Sonntag statt. Mit dem Bus geht es von den Haltestellen Nürnberg, Fürth und Erlangen nach Berlin. Das Programm bietet eine gelungene Mischung aus Kultur, Politik und Freizeit. Unter anderem sind ein Besuch der Schlossanlage von Sanssouci in Potsdam, eine Fahrt nach Hohenschönhausen, eine Stadtrundfahrt, der Besuch des Kanzleramtes sowie ein Treffen mit einem der mittelfränkischen MdBs im Bundestag mit Rundgang geplant. Es bleibt auch ausreichend Zeit, um Berlin auf eigene Faust zu erkunden.

Im Preis von 275 Euro (Doppelzimmer, Einzelzimmer 87 Euro Aufschlag) sind neben der An- und Abreise drei Übernachtungen inklusive Frühstück, ein Mittagessen sowie die Eintrittsgelder für die Programmveranstaltungen enthalten.

Die Reisekosten sind Selbstkosten, die Abgeordneten verdienen keinen Cent an dieser Informationsfahrt. Sie soll interessierten Bürgern die Möglichkeit bieten, zu einem angemessenen Preis die Hauptstadt und die Arbeit der Bundestagsabgeordneten besser kennenzulernen. Organisiert wird die Fahrt von einem Berliner Reisebüro.

Bild: editorial247.com/Marco Leibetseder

Bei Interesse und/oder Fragen wendet euch bitte an das Wahlkreisbüro von Martina Stamm-Fibich. Kontakt: 09131/812 65 33 oder martina.stamm-fibich@bundestag.de.

Um an der Fahrt vom 27. bis 30. August 2015 teilzunehmen ist eine verbindliche Anmeldung bis zum 15. Mai 2015 erforderlich.

Das Programm vom 27. bis 30. August:

- Donnerstag, 27. August:
  - 06:00 Uhr: Abfahrt in Nürnberg, Fürth bzw. Erlangen
  - 12:30 Uhr: Ankunft in Potsdam, anschließend Mittagessen
  - 14:00 Uhr: Führung durch den Park Sanssouci und das Gästeschloss von Friedrich II. „Neue Kammern"
  - 16:00 Uhr: Fahrt zum Hotel Leonardo
  - 17:30 Uhr: Abendimbiss in Hotelnähe
  - 19:00 Uhr: Besuch im Bundeskanzleramt, anschließend Fahrt zum Hotel
- Freitag, 28. August:
  - 09:00 Uhr: Stadtrundfahrt Berlin, mit Besuch der Gedenkstätte der Berliner Mauer
  - 12:00 Uhr: Mittagsimbiss
  - 13:30 Uhr: Einchecken im Reichstag
  - 14:00 Uhr: Besuch des Deutschen Bundestages, Gespräch mit einem mittelfränkischen MdB, anschließend (ca. 16:30 Uhr) zur freien Verfügung, abends: individuell, z.B. Theater, Kabarett etc.
- Samstag, 29. August:
  - 09:00 Uhr: Fahrt nach Hohenschönhausen, Besuch der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis
  - 11:30 Uhr: Fahrt zu den „Gärten der Welt" in Marzahn, Besuchsmöglichkeiten der 10 Gärten, dort auch Mittagsimbiss
  - 14:00 Uhr: Fahrt zum Hotel, anschließend: „frei für Berlin" – Geschäfte sind oft bis 20 oder 21 Uhr geöffnet
- Sonntag, 30. August:
  - 09:30 Uhr: Fahrt mit der U-Bahn zur Jannowitzbrücke von dort ein geführter Rundgang über: Fischerinsel – Nicolai-Viertel – Museumsinsel
  - 12:00 Uhr: Essen in „Clärchens Ballhaus"
  - 13:30 Uhr: Abfahrt nach Fürth

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2
Campus für Berufliche Bildung
Berufsschulzentrum wird saniert und weiterentwickelt

Seite 3
Semesterticket
Endlich auch für Studierende in Erlangen und Nürnberg!

„Fahrradleichen" am Erlanger Bahnhof

SPD-Fraktion fordert endlich Handlung

Das Angebot an Stellplätzen am Bahnhof wird von den Bewohnern und täglichen Pendlern gut angenommen. Dennoch macht sich auch Unmut breit, denn ein Großteil der Parkplätze wird von dauerparkenden Alträdern blockiert. Besonders in den Semesterferien verwandeln sich die Plätze rund um den Bahnhof in einen fast undurchdringlichen Drahtverhau. Dies verschandelt nicht nur das Stadtbild sondern erschwert auch das Umsteigen vom Rad auf den Zug. Folge ist auch, dass immer mehr Räder nicht auf den eigentlichen Stellplatzflächen, sondern an anderen Orten, beispielsweise entlang der Hugenottenkirche, abgestellt werden und dort die Gehwege verengen.

Während die Bahn auf ihrem Gelände regelmäßig Fahrradleichen entsorgt, geschieht dies bisher nicht durch die Stadtverwaltung auf den öffentlichen Flächen. Grund sind rechtliche Bedenken Seitens der Stadtverwaltung, die aber zugesagt hatte, die Möglichkeiten zu überprüfen.

Genügend Vorschläge, wie zum Beispiel das Abholen von „halben Fahrradleichen" oder der im Herbst 2013 gestellte Antrag der SPD-Fraktion für moderne Doppelstockanlagen in der (Nord-) Westlichen Stadtmauerstraße, liegen der Verwaltung schon vor. Diese Anlagen haben den Vorteil, dass ein größeres Angebot an Stellplätzen entsteht, aber auch unzugängliche Müllräume verschwinden würden.

Deshalb beantragt die SPD, dass die Verwaltung im nächsten Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss berichtet, wie weit sie bei der Klärung der Rechtslage vorangeschritten ist und welche konkreten Schritte unternommen werden können, um die Stellplätze wieder für Pendler und Anwohner nutzbar zu machen. ■

Nahverkehrsentwicklungsplan

Machen Sie mit!!

Erlangens Verkehrsentwicklungsplan (kurz: VEP), der bis in das Jahr 2030 reichen soll, befindet sich derzeit in der Diskussionsphase. Ziel ist es, den öffentlichen Nahverkehr, unter Berücksichtigung aller Verkehrsarten (ÖPNV, Radler, Fußgänger, Autos und Lastverkehr) zu verbessern. Noch bis zum Sommer wird das Busnetz unter die Lupe genommen. Bei dem letzten öffentlichen Treffen kristallisierten sich folgende Wünsche der Bürgerinnen und Bürger heraus: Sie wünschen sich ein ÖPNV- Netz, das nahtlos an andere Verkehrsarten anknüpft, aber auch Direktverbindungen, die „Um das Zentrum herum", aber dafür auf kürzerem Wege zu den wichtigsten Arbeitsstätten führen. Bei dem letzten Treffen des VEP- Forums stand deshalb

Fortsetzung S. 3

Erlangen SPD

Erster Schritt auf einem langen Weg

Berufschulzentrum wird zum „Campus für Berufliche Bildung“

Der Link zu den Plänen aus dem Bildungsausschuss: http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?__kvonr=2126990&voselect=2113387

Für die SPD Fraktion ist die Berufliche Bildung – sei es im dualen Bildungssystem, sei es bei der Weiterbildung – ein wichtiger und gleichberechtigter Baustein in der kommunalen Bildungslandschaft. Im Bildungsausschuss im März wurde daher ein Projekt auf den Weg gebracht, dass die Rahmenbedingungen für die Berufliche Bildung in der Zukunft ein Stück voran bringen wird. Nachdem große Teile der Gebäude auf dem Gelände an der Drausnickstraße sanierungsbedürftig sind, beantragte die SPD Fraktion im Herbst 2013 eine umfassende Planung zur Neugestaltung des Geländes. Ziel war es dabei, die notwendigen Sanierungen mit erforderlichen Neubauten zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zu verbinden. Zugleich sollte aufgezeigt werden, wie zusätzlicher Wohnraum für SchülerInnen geschaffen werden kann.

Die Verwaltung legte nun einen Entwurf vor, der folgende Eckpunkte enthält:

1. Ein Großteil der bestehenden Gebäude wird saniert. Die FOS/ BOS erhält durch einen Anbau zusätzliche Flächen und Toiletten sowie einen Aufzug. Alle Gebäude werden barrierefrei zugänglich sein.
2. Der Werkstättentrakt an der Drausnickstraße wird abgerissen und auf dem Areal des bisherigen Parkplatzes für Lehrkräfte neu errichtet. Ebenfalls einen Neubau erhält die Technikerschule, da das bisherige denkmalgeschützte Gebäude den Anforderungen des Schulbetriebs wenig entspricht.
3. Die Wirtschaftsschule zieht auf das Areal um und erhält einen Neubau am jetzigen Platz des Werkstättentraktes. Dadurch wird der bisherige Standort der Wirtschaftsschule in der Artilleriestraße/ Ecke Kurt-Schumacher-Str. frei und bietet mit 21.000 m² Fläche für künftig zu schaffenden Wohnraum. Zudem kann durch den Erlösungsgewinn ein Teil der Baukosten des neuen Campus gedeckt werden.
4. Zudem entsteht auf dem Campus eine Mensa, die auch als Aula genutzt werden kann. Sie wird, zusammen mit weiteren Werkstätten an den gewerblichen Teil angebaut werden und bietet künftig zudem attraktive Räumlichkeiten für Schulversammlungen, Feste und andere Veranstaltungen.

Wichtig war uns, dass auf dem Gelände noch Platz für zukünftige Entwicklungen bleibt, die in das Gesamtkonzept „Campus für Beruflicher Bildung“ passen und dieses eventuell noch (z.B. durch Erwachsenenbildung) ergänzen. Deshalb hat sich die SPD Fraktion gegen die Planung mit zusätzlicher Wohnbebauung auf dem Gelände entlang der Schillerstraße entschieden. Lediglich Wohnmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler sollen in die künftigen Planungen miteinbezogen werden.

Mit der Entscheidung im Bildungsausschuss für diese Planungsvariante können die nächsten Schritte dieses ehrgeizigen Projektes auf den Weg gebracht werden. Nun geht es darum, einen Masterplan mit detaillierterer Planung zu entwickeln. Zudem müssen Mittel und Wege für die Finanzierung gefunden werden. Bei einer Bauzeit von zudem geschätzten zehn Jahren wird es also noch eine ganze Weile dauern, bis der „Campus für Berufliche Bildung“ fertiggestellt und von den bis zu 4.500 Schülerinnen und Schülern genutzt werden kann. Die ersten Schritte dazu sind getan. ■

19. internationales figuren.theater.festival

FIGUREN. OBJEKTE. BILDER
ERLANGEN NÜRNBERG FÜRTH
08. BIS 17. MAI 2015
www.figurentheaterfestival.de

Semesterticket

Endlich auch für Studierende an der Uni Erlangen - Nürnberg!

Nach etlichen vergeblichen Versuchen ist es endlich soweit: Im Wintersemester 2015/ 16 wird an der FAU Erlangen-Nürnberg und an der TH Nürnberg ein Semesterticket für den ÖPNV eingeführt.
Damit wird unsere Region ein „negatives Alleinstellungsmerkmal „ los, das Seitens der SPD-Fraktion auch immer wieder kritisiert wurde. Denn nach der Einführung des Semestertickets in München im Wintersemester 2013/ 14 waren wir bundesweit der einzige größere Hochschulstandort ohne solidarisch finanziertes Semestertikket. Um diesen Zustand zu ändern, tat sich ein Aktionsbündnis zusammen, das mit Unterstützung des Studentenwerkes zu Beginn des Jahres 2014 Verhandlungen mit dem VGN aufnahm. Ziel war es, ein Semesterticket nach dem Münchner Modell auszuhandeln. Die Hartnäckigkeit der Studierenden, unter ihnen federführend das Juso-Mitglied Benedikt Kopera, zahlte sich aus. Im November 2014 einigte man sich auf einen Sockelbeitrag von 65 Euro im Semester, den alle Studierenden zahlen müssen. Dafür können sie am Wochenende ganztags und unter der Woche abends ab 19 Uhr im gesamten VGN unterwegs sein. Wenn man den ganzen Verbundraum ohne Ausschlusszeiten nutzen will, muss man zusätzlich 193 Euro pro Semester drauflegen. Rechnet man dies auf den Monat um, können Studierende für 43 Euro jeden Monat im gesamten VGN mobil sein - ein sehr günstiges Angebot, wie auch OB Janik immer wieder betonte. Zusammen mit dem Nürnberger OB Ulrich Maly setzte er sich massiv für das Semesterticket ein und rührte auch persönlich die Werbetrommel vor der Abstimmung über dieses Angebot, die an beiden Uni-Standorten im Januar stattfand. Lange stand zu befürchten, dass das Quorum von 33% Wahlbeteiligung nicht erreicht werden könnte. Doch allen Unkenrufen zum Trotz sprach sich eine - wenn auch knappe- Mehrheit für die Einführung ein. So kann das Ticket zum Wintersemester 2015/ 16 an den Start gehen. Ob es ein Erfolg wird, hängt von der Verkaufsquote des Zusatztickets ab: Mindestens 38% der Studierenden müssen das Zusatzticket von 193 Euro erwerben. Sollten es weniger sein, müssen die am VGN beteiligten Städte und Gemeinden mit einer Bürgschaft in die Bresche springen - für die Stadt Erlangen bedeutet dies immerhin 350. 000 Euro. Dies kann jedoch nur einmalig der Fall sein. Bei der Abstimmung im Stadtrat betonte deshalb unsere verkehrspolitische Sprecherin Felizitas Traub-Eichhorn: „Das Semesterticket muss ein Erfolg werden! Daher gilt es, gute Werbung für ein hervorragendes Produkt zu machen! Der VGN ist jetzt gefragt!" ■

Fortsetzung von Seite 1

neben dem Thema Stadtumlandbahn vor allem die Optimierung der Linienführung des Busverkehrs weit oben auf der Tagesordnung. Hierfür wurden auf Grund der sozialen Topografie der Stadt Erlangen mehrere Möglichkeiten herausgearbeitet, die neben weiteren Informationen im Wissensspeicher des VEP nachgelesen werden können: http://www.vep-erlangen.de/was-ist-der-vep/wissensspeicher/
Nun geht es in die Feinplanung des Liniennetzes. Deshalb wollen wir Sie auffordern, sich an dem Diskussionsprozess zu beteiligen, denn es sollen ja diejenigen

mit einbezogen werden, die tagtäglich in Erlangen unterwegs sind: Wo muss der Takt verbessert werden, wo fehlt eine Haltestelle? Dies können Sie auf zwei Wegen, entweder wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen direkt an den VEP oder nehmen an den öffentlichen Sitzungen des „Forum VEP" teil. ■

www.
vep-erlangen.de

RATHAUS TELEGRAMM 02/2015: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Barbara Pfister - Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin

Erlangen SPD

Tragödie für die Demokratie

Von Gerhard Carl

In Tröglitz (Sachsen-Anhalt) wurde ein Brandanschlag auf ein weitgehend leerstehendes Mehrfamilienhaus verübt, in dem ab Mai Asylbewerber untergebracht werden sollten. Mehrere Wochen vorher wurde in Vorra (Mittelfranken) auf eine Unterkunft für Asylbewerber ebenfalls ein Brandanschlag verübt. Diese Ereignisse sind eine Schande. Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte sind kein reines Ost-Phänomen, sondern ein bundesweites Problem. Es sollte niemanden überraschen, dass auch bei unseren Partnern in der Welt mit großer Sorge registriert wird, wenn in der Bundesrepublik Deutschland Flüchtlingsunterkünfte brennen. Es wird genau verfolgt, wie die deutsche Gesellschaft darauf reagiert.

Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz sind aufs Schärfste zu verurteilen. Es muss denjenigen gegenüber Widerstand geleistet werden, die heute Ressentiments und Hass schüren. Die Agitatoren und geistigen Brandstifter dürfen nicht in dem Glauben gelassen werden, eine schweigende Mehrheit stehe hinter ihnen.

Es ist ein Skandal, dass die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Frau Aydan Özoguz, täglich mit Hassbotschaften konfrontiert wird. Immer wieder werden PolitikerInnen wegen ihres Engagements für Flüchtlinge bedroht, wie z.B. der inzwischen zurückgetretene Bürgermeister von Tröglitz, Markus Nierth. Wer sich für Flüchtlinge einsetzt, die gerade alles verloren haben und bei uns Hilfe suchen, verdient unsere volle Unterstützung. Politik und Zivilgesellschaft müssen klar Position beziehen.

Doch wie geht es weiter? Denn das Problem sind nicht allein die Orte Tröglitz oder Vorra. Es geht um Haltung, politische Bildungsarbeit und den Kampf gegen Alltagsrassismus.

Jusos Bayern fordern Solidarität jenseits aller Grenzen

Auf ihrer Landeskonferenz in Augsburg haben die Jusos Bayern ein deutliches Zeichen gegen die verfehlte Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung und der EU gesetzt. Der wiedergewählte Landesvorsitzende Tobias Afsali machte deutlich, dass das Massensterben an den Grenzen Europas nicht länger hinnehmbar ist: „Wir wollen keine Festung Europa. Wir wollen eine Welt ohne Grenzen und unsere Solidarität mit Flüchtlingen ist grenzenlos."

Auch die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann betonte in ihrem Grußwort an die Landeskonferenz am Sonntagmorgen, dass die Festung Europa endlich eingerissen werden muss. „Die permanente Flüchtlingskatastrophe muss beendet werden. Wir brauchen gesicherte Fluchtkorridore und endlich mehr legale Möglichkeiten der Einwanderung."

Bei der Neuwahl des Landesvorstands wurde unter anderem der Erlanger Stadtrat Munib Agha wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Liebe Genossinnen und Genossen,
die nächste Distriktversammlung in Dechsendorf findet statt am

Dienstag, 12. Mai, 19 Uhr, Sportheim FC Dechsendorf, Campingstr. 38

Vorschlag für die **Tagesordnung**:

1. Ortsbeiratsthemen
   - Verlängerung der Rechtsabbiegespur an der Weisendorfer Straße/ Brühl (aktueller Stand im Ortsbeirat)
   - Verbesserung ÖPNV in Dechsendorf (Info zum Antrag an die SPD-Stadtratsfraktion von Ursula Lanig)
   - Nahversorgung des täglichen Grundbedarfs: Einkaufsbus ab Dechsendorfer Weiher in Richtung Zentrum/Alterlangen (Info zum Antrag an die SPD-Stadtratsfraktion von Ursula Lanig)
   - Geh- und Radweg Dechsendorf-Röttenbach: Info zum Beschluss Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss vom 10. März 2015
   - Sonstiges
2. Stadtratsthemen
   - Haushaltsplan 2015 (Budgetmittel für den Stadtteil Dechsendorf)
   - Erlangen wird „Gesundheitsregion plus“
   - Sperrung Martinsbühler Straße (Fragen, Anregungen, Kritik)
   - Sonstiges
3. Verschiedenes
   - Energieberatungs-Sprechstunden in Dechsendorf
   - Stadtteilspaziergang der SPD-Mandatsträger (Stadtrat, Ortsbeirat)

Mit solidarischen Grüßen
Für den Vorstand: Heike Fischer

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Heike Fischer
Telefon: 09135-6269
h.fischer-dechso@gmail.de

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 19. Mai,
19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 12. Mai,
19 Uhr, Pension „Aurachtal“, Neuseser Straße 9

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 18. März

1. Begrüßung
Die Anwesenden werden begrüßt.

2. Monatsspiegel
Die Verteilung wird nochmal durchgesprochen.

3. Wahl einer Versammlungsleitung
Brigitte Rohr: einstimmig

4. Bericht des Distriktsvorstands
Brigitte bedankt sich für die Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren: Anstrengender Zeitraum, erfolgreich mit gewonnener OB-Wahl, nun noch ein weiterer StR aus dem Distrikt. Sie hofft, es geht gut weiter. Über unseren OB wird viel Positives von den BürgerInnen berichtet. Mitgliederzahl stagniert, viele Studierende.

Pläne will sie keine großen machen, auch wegen Kassensituation. Wir haben nicht viele Aktive, aber diejenigen, die aktiv sind, machen die Arbeit.

Stand 31. Dezember 2014: 45 Mitglieder, 32 Männer, 13 Frauen.

Aussprache dazu.

5. Bericht des Kassiers und der Revisoren sowie Aussprache
Der Kassier Robert Thaler berichtet. Die Revisoren hatten den Kassenbericht für 2014 geprüft und unterschrieben.

6. Entlastung des Vorstands
Günter Laurer beantragt die Entlastung: Einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

7. Neuwahlen
- VorsitzendeR: Brigitte Rohr kandidiert wieder. Abgegebene Stimmen: 8, alle gültig, Ja: 8, Nein: 0, Enthaltung: 0. Brigitte ist gewählt und nimmt die Wahl an.
- StellvertretendeR VorsitzendeR: Andreas Richter kandidiert wieder. 8 abgegebene Stimmen, alle gültig, Ja: 8, Nein: 0, Enthaltung: 0. Andreas ist gewählt und nimmt die Wahl an.
- Kassier: Robert Thaler kandidiert wieder. 8 abgegebene Stimmen, alle gültig, Ja: 8, Nein: 0, Enthaltung: 0
- Zwei Revisoren: Vorgeschlagen: Günter Laurer, Gunnar Bauer, per Akklamation, getrennte Wahlgänge: Günter Laurer: ja: 8, nein: 0, Enthaltungen: 0; Gunnar Bauer: ja: 8, nein: 0, Enthaltungen: 0. Gunnar und Günter sind gewählt und nehmen beide die Wahl an.
- Protokollverantwortliche: Thorsten Wegscheider, Thomas Klosner (nicht Mitglieder des Vorstands)

8. Nominierung der DistriktsvertreterInnen im Kreisvorstand
Vorgeschlagen: Brigitte Rohr, Gunnar

Bauer. Per Akklamation: einstimmig, mit keinen Enthaltungen nominiert.

9. Sonstiges
Ein Mitglied kann aufgrund Arbeitslosigkeit seinen Beitrag nicht bezahlen. Wir übernehmen als Distrikt derzeit den Mindestbeitrag.

Thomas Klosner unterstützt und spendet daher 20 Euro. Günter spendet 2 Euro.

Protokollführer: Andreas Richter

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 12. Mai, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Berichte
3) Stand der TTIP-Diskussion im Kreisverband (Arbeitsgruppe und Seminar)
4) Planung der Zusammenarbeit mit Eltersdorf
5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlung im Juni am 9. Juni, im Juli am 14. Juli.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 14. April

Allgemeines
Rolf berichtet von der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes. In mehreren Distrikten hat es Änderungen in der Vorstandschaft gegeben, so in der Innenstadt und in Eltersdorf. Mit Christian Maurer und Gabi Greif-Cappell, dem neuen Vorstandteam von Eltersdorf, hofft der Distrikt auf enge Zusammenarbeit.

Rolf berichtet, dass es im Festkomitee für die 750-Jahr-Feier keine mehrheitliche Zustimmung zu einem Feuerwerk als Abschluss des Festwochenendes im Juni gegeben hat. Gertrud plant das Feuerwerk über Spenden zu organisieren und bittet die Anwesenden um Unterstützung. Mehrere Distriktmitglieder sind bereit, eine Spende zu dem Zweck zu geben.

Vorstellung des Betreuungsstadtrats
Der Distrikt begrüsst den SPD Stadtrat Andreas Richter als den für uns zuständigen Distriktsbetreuer. Rolf bittet Andreas um eine kurze Selbstdarstellung. Es gibt viele Nachfragen zu seinem beruflichen Arbeitsgebiet und zur Arbeit in der Fraktion und im Stadtrat. Anschließend entwickelt sich eine lebhafte Diskussion zu aktuellen politischen Themen im Kreisverband und im Distrikt.

Sonstiges
Der Distrikt plant wieder einen Ausflug. Als Termin wird der 7. bis 9. August ins Auge gefasst. Gert wird dieses Jahr die Planung übernehmen.

Rolf ruft die Distriktmitglieder zur Teilnahme an der Anti-TTIP Kundgebung am folgenden Samstag auf.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
aufgrund der vielen Feiertage, der Pfingstferien und der hohen sonstigen „Termindichte“ im Mai findet in diesem Monat keine Distriktsversammlung statt.

Wir treffen uns also das nächste Mal im Juni.

Für den Vorstand
Gerd Peters

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
Der Vorstand der AG 60plus lädt ein zur nächsten Vorstandssitzung/Mitgliederversammlung und freut sich auf euer Kommen:

Mittwoch, 20. Mai, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“: 2014 sorgte seine Veröffentlichung weltweit, besonders in den USA, für sehr große Aufmerksamkeit.
4. Ein Antrag zum „Pflege TÜV“: Forderung nach neutralem Gutachter bei der Zuordnung der Pflegestufe zum Patienten
5. Verschiedenes

Dr. Wolfgang Schwerna hat das Buch von Thomas Piketty für uns gelesen und wird uns die Thesen in einem Impulsreferat nahebringen: Die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung sei systemimmanent und bedrohe Demokratie und die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft.

Die Diskussionsveranstaltung am 11. März mit Martina Stamm-Fibich zum Thema „Für eine gute und menschenwürdige Pflege“ zeigte Verbesserungen bei der Pflegeversicherung auf. Die Einstufung in die Pflegestufen muss jedoch fairer werden. Deshalb wollen wir einen Antrag „Für ein faires Verfahren bei der Festlegung der Pflegestufen“ formulieren.

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

AsF

Sprecherinnen:

- Johanna Behringer
  Telefon: 816696
  johanna.behringer@t-online.de
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Julie Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de
- Katharina Ullmann
  frieda.boecklein@gmx.de

Liebe Genossinnen,
ersatzweise für die ausgefallene Jahreshauptversammlung im März laden wir nun ein zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 6. Mai, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Vorläufige Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht Diskussion
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
   a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder
   b) Wahl des Vorstands
4. Personalvorschläge
   a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt)
   b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt)
5. Weitere Aufgabenverteilung (u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
6. Arbeitsplanung für 2015
7. Termine
8. Sonstiges

Für den Vorstand
Johanna Behringer

Jusos

Vorsitzender:
Bengin Özdil
bengin@oezdil.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächsten Termine sind:

- 12. Mai, 20 Uhr, August-Bebel-Haus: Zweite Sitzung zu unserer Veranstaltungsreihe „Rotes Grün – Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft“
- 26.Mai, 20 Uhr, August-Bebel-Haus: Dritte Sitzung zu unserer Veranstaltungsreihe „Rotes Grün – Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft“

Viele Grüße
Bengin